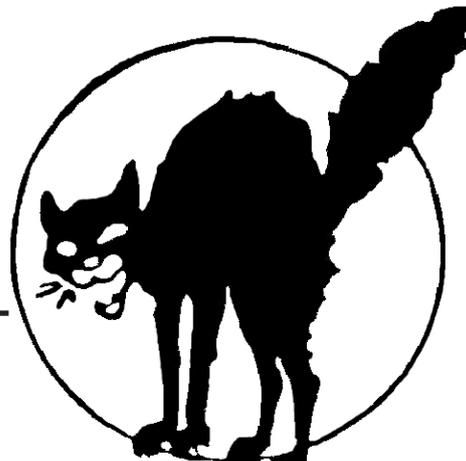


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz



Streik in SPAR-Filiale bei Dättwil

Vom 2. bis zum 13. Juni streikten elf Angestellte des Spar-Tankstellenshops in Baden-Dättwil. Ihre Forderungen sind klar: mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Löhne.



Konkret bedeutet dies eine Lohnerhöhung von momentan 3'600 Franken auf 4'000 Franken plus dreizehnten Monatslohn, sowie die Aufstockung des Personals von 21 Angestellten auf 30. Bereits vor dem Streik versuchte die Belegschaft mit Hilfe der Unia mit der SPAR-Geschäftsführung über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln; beide Verhandlungsrunden blieben ergebnislos. SPAR-Sprecherin Silvia Manser meinte damals gegenüber dem Work: „Die Arbeitsbedingungen in Dättwil sind weder gesetzeswidrig noch branchenunüblich“. Mit anderen Worten: Die SPAR-Geschäftsführung weigerte sich, an den Arbeitsbedingungen etwas zu ändern. Den Angestellten platzte der Kragen: Am Montag Nachmittag riefen sie deshalb den unbefristeten Streik aus. Sie wollten solange streiken, bis Spar be-

reit sei, ernsthaft mit ihnen zu verhandeln und ihre Forderungen zu erfüllen. Die Angestellten können nicht mehr: „Wir sind viel zu wenig Leute, kommen mit der Arbeit nicht nach und konnten unsere Lernenden nicht anständig ausbilden“, erklärte die stellvertretende Filialleiterin Snezana Maksimovic gegenüber dem Blick. Dies ging soweit, dass sie bis einen Tag vor der Geburt ihres Kindes habe arbeiten müssen. Die 29-jährige arbeitet seit 11 Jahren in der SPAR-Filiale in Dättwil und ist trotz nicht abgeschlossener Berufslehre zur Vize-Filialleiterin aufgestiegen. Die knappe Belegschaft wirke sich auch negativ auf die Lehrlinge aus, die kaum betreut werden könnten und oft stundenlang an der Kasse sitzen müssten, ohne dabei Neues zu lernen. Ein

(weiter auf Seite 2)

Juli/August 2013

Nr. 25, 5. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Ein deutliches Signal 4

Der Grossrat erhöht eigene Einkünfte, verweigert dem Kantonspersonal aber mehr Lohn

Klagen gegen Schweiz 4

SGB und VPOD wenden sich an die ILO

Linker Nationalismus 5

In der Abstimmungskampagne zur 1:12-Initiative wird die Linke schnell nationalistisch

Rechtsextremismus in Frankreich 6

Zum Tod des Antifas Méric und ein Blick auf die rechtsextreme Szene in Frankreich

Was ist heute noch politisch?

Teil 1: Widerstand ohne Inhalt 8

Die Banlieu-Krawalle in Frankreich werden zu unrecht als apolitisch bezeichnet

Teil 2: Was ist also heute noch politisch? 10

Eine Einschätzung zum Tanz dich Frei III

Rubriken

Rechtliches 12

Editorial

Seit dem langen Streik beim Privatspital „La Providence“ war es aus gesellschaftlicher Perspektive beängstigend ruhig in der Schweiz. Es gab kaum Nachrichten über Belegschaften, welche sich wehrten, aber auch kaum Nachrichten über Entlassungen und Lohnskandale. Eine Ausnahme war die Ankündigung der Regierung des Kantons Bern die Löhne für die Staatsangestellten einzufrieren, sich aber selbst eine Lohnerhöhung zu genehmigen. Vielleicht war die generelle Ruhe ein Nachhall der angenommenen „Abzockerinitiative“. Vielleicht schielten verschiedene Manager_innen angstvoll nach Deutschland, Italien, Spanien und Griechenland von wo sich die Meldungen über Streiks und Arbeitskämpfe überschlugen. Und mitten in diese Stille hinein traten elf Angestellte aus dem Aargau. Elf Leute traten in einen offensiven Streik. Sie wollten für einmal nicht weniger Entlassungen oder kleinere Lohnkürzungen, sie wollten nicht einmal einen Gesamtarbeitsvertrag, die Standardforderung der sozialpartnerschaftlichen Schweiz. Nein, sie wollten mehr: Mehr Stellenprozentage in ihrer Filiale und 13x 4'000 Franken Mindestlohn. Es war bewundernswert, wie die (vor allem) Frauen aus Baden-Dättwil selbstbewusst auftraten und zwei Wochen lang ihr Geschäft und die dazugehörige Tankstelle blockierten.

Ein solcher Offensivstreik konnte in der betont sozialpartnerschaftlichen Schweiz aber nicht geduldet werden: SPAR liess Streikbrecher_innen und Sicherheitsdienste auffahren und die Staatsanwaltschaft Baden erklärte den Streik für illegal, konnte aber nicht sofort den Streik mit Gewalt räumen – wohl auch weil die Streikenden so selbstbewusst und sympathisch auftraten.

Auch aus dem Gartenbau ist ein Rumoren zu vernehmen, es ist wahrscheinlich, dass die Gartenbauer_innen im Kanton Schaffhausen in den Streik treten werden, zwar für einen Gesamtarbeitsvertrag, aber dieser ist auch bitter nötig, da die Gartenbauer_innen nicht einmal Höchst-arbeitszeiten haben. Es tut sich wieder etwas in der Schweiz, darum wünschen wir euch einen schönen Sommer.

Eure FAUistas

Spar-Streik

(von Seite 1)

Lehrling habe bereits 50 Stunden Überzeit auf seinem Konto; bei den anderen Angestellten seien 150 Stunden Überzeit keine Seltenheit. Als der Tankstellenshop noch zu Pick-Pay gehörte, waren sie 38 Angestellte, heute sind es noch 21. Dieser dauernde Druck und die leeren Regale



Die stellvertretende Filialleiterin Snezana Maksimovic

schadeten aber nicht nur der Belegschaft, meint die Verkäuferin Gabi Peters gegenüber dem „Work“, sondern wirke sich auch auf die Kundschaft und somit auf den Umsatz negativ aus, was wiederum dazu führe, dass die Chefetage Druck auf die „nicht rentierende“ Filiale ausübe. Und eine Kollegin ergänzt, der Druck sei das Eine, der Lohndruck das Andere: „Ich arbeite seit 13 Jahren hier. Und in all den Jahren gab es nie eine Lohnerhöhung“. Doch selbst wenn die Stellenprozentage erhöht würden, wäre es sehr schwierig, jemanden zu finden, der zu diesen Konditionen arbeiten möchte oder könnte, erzählt Snezana Maksimovic: „Wenn die hören, dass sie Schicht- und Sonntagsarbeit leisten sollen und ich ihnen nur 3600 Franken brutto Monatslohn bieten kann, ist das Bewerbungsgespräch gelaufen.“

Erfolgreicher Spar-Streik in Heimberg

Einige der Mitarbeiter_innen aus Dättwil mussten teilweise in der SPAR-Filiale in Heimberg bei Steffisburg ausweichen, in welcher vor vier Jahren ein erfolgreicher Streik geführt wurde, was die Dättwiler Sparangestellten umso mehr ermutigte, selber in den Streik zu treten. Die Gründe waren damals praktisch die selben wie heute in Dättwil: zu wenig Personal, schlechte Arbeits-

bedingungen, viel zu tiefe Löhne. Die Filiale in Heimberg gehörte bis ein Jahr vor dem Streik noch zu Produits Alimentaires SA (PAM). Als der Shop von SPAR übernommen wurde, mussten sich alle 32 Mitarbeiter_innen neu bewerben. SPAR stellte noch 22 von ihnen ein. Die restlichen Stellenprozentage wurden weggekürzt. Und auch der Stunden-

lohnansatz wurde nach unten gedrückt. Auf einen Schlag sollten die Angestellten die gleiche Arbeit wie vorher (der Shop und das Angebot blieben gleich) mit einem Drittel weniger Personal und weniger Lohn verrichten. Das Resultat war sofort spürbar: grosser Stress und massive Überstunden. Zwischen April und August häuften sich 1'183 Überstunden an, welche ohne Überstundenzuschuss von 25% vergütet wurden. Zudem wurden Krankheitstage oft mit Überstunden verrechnet, also de facto nicht bezahlt. In der Folge gab es immer mehr krankheitsbedingte Ausfälle, was wiederum noch mehr Stress und Druck verursachte. Ein Jahr später waren der Druck, der Stress und das Leiden zu gross. Die Belegschaft wandte sich an die Unia; alle Angestellten stellten der Unia eine Handlungsvollmacht aus. Erste Verhandlungen ergaben nichts und SPAR liess die Verhandlungen immer wieder platzen. Am 30. April 2009 trat die Belegschaft in den Streik. Am 1. Mai erhielten alle Angestellten eine eingeschriebene Kündigungsandrohung. Doch noch am selben Nachmittag war die SPAR-Geschäftsführung plötzlich zu Gesprächen bereit. Vier Streikführerinnen eilten mit drei Unia-Mitarbeiter_innen nach Zürich, ins Hotel Radisson Blu am Flughafen Zürich Kloten, wo die

Gespräche um 16:00 Uhr begannen. Die SPAR-Vertreter_innen versuchten den Streikenden und den Unia-Mitarbeiter_innen weis zu machen, dass es finanziell nicht möglich sei, ihre Forderungen zu erfüllen, dass die Filiale dann schliessen müsse. Doch die Streikführerinnen und die Uniavertreter_innen rechneten nach und liessen sich nicht für dumm verkaufen. Um Mitternacht gab SPAR schliesslich den Forderungen nach. Die Streikführerinnen und die Unia erreichten eine Lohnerhöhung: Der Bruttomindestlohn für Ungelernte wurde auf 3'900 Franken, für Gelernte auf 4'200 Franken angehoben – was zumindest für Ungelernte aber immer noch unter den 4'000 Franken Mindestlohn liegt, welche die Unia in einer Initiative fordert. Zudem bewilligte die SPAR-Führung zwei weitere 100%-Stellen, sowie eine neue Überstundenregelung. Für einige Arbeiter_innen hatte dies eine Lohnerhöhung von monatlich 700 Franken zur Folge.

Kein Happy-End in Dättwil

Der Streik in Dättwil ging weniger erfolgreich zu Ende. Die SPAR-Geschäftsführung betrachtete den Streik diesmal von Anfang an als illegal und weigerte sich deshalb zu verhandeln. Bereits am Montag, dem ersten Streiktag, reichte die SPAR-Führung Anzeige gegen Unbekannt wegen Nötigung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung ein und drohte den Streikenden mit sofortiger Entlassung, falls sie den Streik nicht bis am Mittwoch den 5. Juni niederlegen würden. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft hielten sich jedoch bis dahin zurück und griffen nicht ein. Erst am 7. Juni erklärte die Staatsanwaltschaft Baden den Streik für illegal. Bereits drei Tage nach Streikbeginn tauchte Marcel Hofmann, Bereichsleiter SPAR-Filialen, mit 40-60 Streikbrecher_Innen vor der Filiale in Dättwil auf und wollte mit ihnen die Filiale wieder in Betrieb nehmen und somit den Streik auflösen. Doch die vier Eingänge wurden von den Streikenden erfolgreich verteidigt. Hofmann und die Streikbrecher_innen wurden unter lauten „heigal!“- und „Buhh!“- Rufen verjagt. Die Polizei sah immer noch keine „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ und hielt sich deswegen zurück. Allerdings

wurde jetzt ein Strafverfahren gegen drei Personen, alles hohe Unia-Funktionär_innen, eröffnet. Am Sonntag 9. Juni wurde ein Streikfest organisiert und ein Solidaritätskomitee zur Unterstützung des Streiks gegründet. Am Montag danach waren Gespräche zwischen SPAR und der Unia angesetzt, doch diese scheiterten nach sechs Stunden. Am Mittwoch 12. Juni, also nur anderthalb Wochen nach Streikbeginn, machte die SPAR-Geschäftsleitung ihre Drohung wahr: Zehn Dättwiler SPAR-Arbeiter_innen erhielten die fristlose Kündigung. Trotz Verwarnungen sei die illegale Blockade nicht aufgehoben worden, begründet SPAR-Mediensprecher Ronald Haug das Vorgehen. Dass eigentlich streikende Arbeiter_innen nicht entlassen werden dürfen, scheint niemanden zu kümmern, auch nicht die Staatsanwaltschaft. Nur einen Tag später beschliesst die Unia den Streik abbrechen. Inoffiziell weil die Polizei mit der Räumung des Streikpostens gedroht hatte und offiziell weil das kantonale Einigungsamt auf Biten der Unia ein Einigungsverfahren eröffnet habe.

Während eines solchen Verfahrens hätten die beiden Parteien auf Kampfmassnahmen zu verzichten. Die Unia wolle sich an die Auflagen halten, weshalb sie den Streik abbräche. Gleichzeitig forderte sie SPAR dazu auf, sich auch daran zu halten und die missbräuchlichen Kündigungen zurück zu ziehen. SPAR hat bis heute nicht darauf reagiert. Die Unia hat deshalb vier Klagen gegen SPAR vorbereitet: erstens eine Klage wegen den fristlosen Kündigungen, die das Streikrecht verletzen, zweitens eine Klage wegen Verletzung des Gleichstellungsgesetzes (SPAR zahlt Frauen systematisch geringere Löhne als Männern), drittens eine Klage, weil die Überstundenzahl der Lehrlinge weit

über der gesetzlich festgelegten Obergrenze liege und viertens eine Klage wegen Verletzung der Vorschriften des Sonntagverkaufs. Hintergrund ist, dass die Filiale in Dättwil als Tankstellen-shop bezeichnet wird und deshalb am Sonntag geöffnet haben darf, aber mit 570 Quadratmetern die Verkaufsfläche eines Supermarkts hat.

Der Kampf wurde also komplett von der Unia übernommen und in gut sozialpartnerschaftlicher Manier abgeschwächt, ja beinahe zum Erliegen gebracht. SPAR hat bereits am Freitagmorgen den Shop wieder in Betrieb genommen. Die restliche Belegschaft wird durch Mitarbeiter_innen aus anderen Sparfilialen „unterstützt“. Und für die Entlassenen bleibt nur zu hoffen, dass



Streikzelt in Dättwil

sich die Aufgabe des Streiks denn auch „lohnen“ wird. Natalie Imboden, Unia Verhandlungsführerin, meinte in einem Interview schon fast zynisch: die Unia werde die entlassenen Mitarbeiter_innen in der jetzigen Situation sowohl finanziell, wie auch bei der Stellensuche unterstützen. Und auf die Frage, wieso der Streik in Dättwil im Gegensatz zum Streik in Heimberg nicht erfolgreich war, verwies sie auf SPAR-Präsident Stefan Leuthold: Dieser habe seine Politik radikal geändert und beschlossen, Probleme mit Repression aus der Welt zu schaffen, weshalb die Strategie nicht aufgegangen sei.

Ein deutliches Signal

Das bernische Kantonsparlament erhöht für sich die Einkünfte und verwehrt den Staatsangestellten eine Lohnerhöhung.

47% mehr Lohn gab sich der Grossrat Anfang Juni. Zwar müssen neu alle Einkünfte aus der parlamentarischen Tätigkeit versteuert werden, doch am



Demonstration des Staatspersonals im März 2013

Ende bleiben trotzdem 5'000 bis 7'000 CHF mehr im Jahr. Der selbe Grossrat sorgte Anfang Jahr für einigen Tumult in den Bergregionen, da unter anderem bei der Schneeräumung gespart wurde und auch für die Kitas und die Spitex nun weniger Geld zur Verfügung steht. Das gleiche gilt für Lehrer_innen, Busfahrer_innen und Pfleger_innen: Ihnen wurde jegliche Lohnerhöhung verwehrt. Für die Zentralgewerkschaft vpod wäre aber die Lohnerhöhung der Ausgleich für die Verschlechterungen bei den Renten durch das revidierte Pensionskassengesetz gewesen. Das revidierte Gesetz führt dazu, dass die Kantonsangestellten länger höhere Beiträge bezahlen müssen und dazu noch später und mit tieferen Renten pensioniert werden.

Der Unmut ist gross

Ob sich die Politiker_innen bewusst waren, was für ein Signal sie aussenden, wenn sie sich die Bezüge vereineinhalbfachen und den restlichen Kanton-

sangestellten nicht mal den Teuerungsausgleich zugestehen, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall wird es nicht dabei helfen, die Wogen zu glätten. Im März gingen in Bern wegen den Kürzungen bei Lohn und Renten schon über 20'000 Leute auf die Strasse. Gerade erst erschienen Zeitungsartikel in denen stand, dass neu ausgebildete Lehrer_innen

lieber im Kanton Solothurn, als in Bern unterrichten, da dort die Klassen kleiner und die Löhne höher seien. Der vpod weist darauf hin, dass dies nicht die erste Sparrunde sei und dass sich bei den Löhnen des Staatspersonals in den letzten 15 Jahren ein Rückstand von 16% aufgestaut habe. Der Personalverband der

Lehrer_innen, LeBe, denkt inzwischen laut über die Möglichkeit eines Streiks nach.

Pulver versucht abzuwiegeln

Kurz nach der Ankündigung des Lehrer_innenverbandes äusserte sich der Regierungsrat Bernhard Pulver in einem Referat zu der Lohnfrage: Der Regierungsrat wolle die Erhöhung der Lohnsumme um 1,5 Prozent sicherstellen. Unklar ist über welchen Zeitraum diese Lohnerhöhung gewährleistet werden soll. Wird sie nur schon auf zwei Jahre aufgeteilt, frisst die Inflation die Erhöhung mehr als auf. Und die Lohnerhöhung alleine gleicht noch lange nicht alle Arbeitsbedingungen aus, welche durch die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte verschlechtert wurden. Aber eigentlich sollte sich niemand über die Lohnerhöhung der Politiker_innen aufregen. Sie waren ja noch moderat – zu erst wollten sie die Bezüge verdoppeln.

Klagen gegen Schweiz

Die Gewerkschaft vpod hat bei der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Klage gegen die Schweiz eingereicht. Grund dafür ist eine Verletzung des Grundrechts auf Streik im Falle des Neuenburger Spitals „La Providence“. Dort wurden 22 Streikende entlassen. Der Streik wurde ausgerufen, da der zukünftige Privatinhaber Genolier den geltenden Gesamtarbeitsvertrag nicht weiterführen wollte und durch die Privatisierung ohne einen GAV eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wahrscheinlich war. Die Klage wurde bei der ILO in Genf eingereicht, da die Schweiz 1975 und 1999 zwei Konventionen der ILO zu Organisationsfreiheit, Gewerkschaftsrechten, sozialem Schutz und Recht auf Kollektivverhandlungen ratifiziert hat. Die vpod sieht diese Konventionen nun mit den Kündigungen als verletzt an, da das angerufene schweizer Gericht nicht bereit war, die missbräuchlichen Kündigungen beim Streik in La Providence aufzuheben.

SGB reaktiviert Klage

Der SGB hatte schon 2003 Klage wegen Verletzung der Konventionen eingereicht, damals wegen mangelnden Kündigungsschutzes von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten oder Betriebskommissionsmitgliedern. Diese Klage wurde 2009 suspendiert und schliesslich im Herbst 2012 wieder aktiviert, da sich die Politik trotz Bitten nicht für griffige Sanktionen entscheiden konnte oder vielmehr wollte. Mit dem Spar-Streik in Dättwil bahnen sich schon die nächsten Klagen an, da hier schon wieder Streikende entlassen wurden. Ob all diese Klagen ein Umdenken in der Politik Richtung mehr Kündigungsschutz für Streikende einleitet, ist fraglich. Es liegt im Interesse der Arbeitgeber, dass Streikende nicht geschützt werden. Dadurch können Streikende entlassen und somit der Streik beendet werden. Denn wer nicht mehr im Betrieb angestellt ist, kann diesen auch nicht mehr bestreiken.

smf

fat

Linker Nationalismus

Langsam nähert sich der Abstimmungs-termin zur 1:12 Initiative. Die Rechte im Land ist nach der Abzockerinitiative verunsichert und befürchtet eine weitere Schlappe. Die sozialpartnerschaftliche Linke wittert Morgenluft und intensiviert ihren Abstimmungskampf, greift aber zugleich auf höchst fragwürdige Argumente zurück.

Am 4. April dieses Jahres erschien in der Unia-Zeitung „work“ ein Artikel zur 1:12-Initiative mit dem Titel „Abzockerei ist unschweizerisch“, am 1. Mai verarbeitete work das hier abgedruckte Bild zu einer Werbepostkarte für die eigene Zeitung und am 6. Juni hakte sie nach: „Dass ausgerechnet die reiche Schweiz als erstes Land diese Diskussion [um die Einkommensverteilung] führt, sollte uns noch stolzer machen als die Silbermedaille unseres Nationalteams an der Eishockeyweltmeisterschaft.“

Das Einstehen für „Schweizer Werte“

Die eben erwähnten Schlagzeilen widerspiegeln die gewerkschaftliche Seite. Wer jedoch von der SP, den Grünen oder den doch so „radikalen“ Jusos etwas anderes erwarten würde, hat weit gefehlt. Die einen loben „schweizerische Werte“ wie z.B. die „gewisse Bescheidenheit“¹, die anderen wiederum „Anstand und Vernunft“, welche zum „Erfolgsmodell Schweiz“ beigetragen hätten². Sowohl Gewerkschaften als auch linke Politiker_innen bezeichnen die heutigen Lohnunterschiede hierzu-

lande deshalb als schlicht „unschweizerisch“.

Dieser Versuch das Schweizerische als sozial, bescheiden, anständig und vernünftig (neu) zu definieren, ändert aber nichts an der nationalistischen Logik der Argumentation. Wird das Schweizerische nämlich als etwas Positives ins Feld geführt – wie von unseren hiesigen linken Politiker_innen beispielhaft vorgeführt – erhält es eine klar nationalistische Bedeutung. Die Besserstellung des Schweizerischen ist nämlich nur durch eine Schlechterstellung des „Nichtschweizerischen“ möglich. Das Eine existiert nicht ohne das Andere. Ob von

tionsmuster verfolgen ist befremdend. Doch leider hat dies System: Die institutionalisierte Linke akzeptiert nationalistische Institutionen und Regelwerke, ja, sie nimmt sogar aktiv an ihnen teil. Eine grundsätzliche Kritik eben dieser Strukturen ist deshalb undenkbar, denn wer kritisiert schon gerne Strukturen, an denen er freiwillig teilnimmt?

Die Übernahme einer nationalistischen Haltung zeigt sich nicht nur im Diskurs der institutionalisierten Linken, sondern auch in deren Praxis. Die fehlende Solidarität der Unia gegenüber Arbeitskämpfen in den europäischen



Typisch UBS

25'000'000 Franken
Antrittsgeschenk
trotz Staatsgarantie.

1:500

Bei der vom Staat geretteten UBS bekommt Andrea Orcel 500 Mal mehr Antrittsgeschenk, als eine Putzfrau pro Jahr verdient.



Typisch Schweiz

1000 Arbeitsplätze.
Hightech-Produkte.
Vernünftige Löhne.

1:6

Bei Victorinox verdient der Chef Carl Elsener nur 6 Mal mehr als die Angestellte mit dem tiefsten Lohn.

dieser Herabwürdigung nun andere Kulturen, Länder oder gar „Rassen“ betroffen sind, spielt dabei keine Rolle.

Nebst der Schlechterstellung des „Anderen“ werden aber auch die herrschenden Missstände innerhalb des konstruierten „Schweizerischen“ verschleiert. So kommt es, dass eine Gewerkschaft, welche eigentlich die Interessen der Lohnabhängigen vertreten sollte, plötzlich Werbung für einen Unternehmer und dessen Firma macht, nur weil dieser in das Schema des anständigen Schweizers passt.

Nationalismus hat System

Dass Vertreter_innen einer vermeintlich arbeitskämpferischen und internationalistischen Politik solche Argumenta-

Krisenländern, zum Beispiel anlässlich der letzten Generalstreiks in Spanien und Griechenland, macht ihre nationalistischen Schranken deutlich. Durch ihr Einstehen für einen „Klassenkompromiss“ (im Unia-Jargon „Sozialpartnerschaft“ genannt) innerhalb der Landesgrenzen kann sie nicht aus dieser nationalistischen Falle ausbrechen und wird dieses „schweizerische“ Wirtschaftsmodell auch in Zukunft zu verteidigen versuchen. Warum sollte sie auch etwas ändern wollen, ist die Unia doch selbst finanziell von den Arbeitgeber_innenbeiträgen abhängig, welche letztere aufgrund Gesamtarbeitsverträge der Unia zu verrichten haben.

Paul Isler

¹Regula Rytz, Co-Präsidentin der Grünen, während der Sendung „Arena“ vom 22.03.2013 zum Thema 1:12-Initiative.

²David Roth, Juso-Präsident, während der Sendung „Arena“ vom 22.03.2013 zum Thema 1:12-Initiative.

Rechtsextremismus in Frankreich

Nach dem Tod des 18-jährigen französischen Antifaschisten Clément Méric: Eine Kritik an unkritischen Medienberichten und ein Blick hinter die Kulissen der französischen extremen Rechten.

Zuerst herrschte grosse Betroffenheit. Der Schock sass tief: Seit 1995, als Brahim Bouaram, ein junger Araber, am Rande der 1. Mai-Demonstration in Paris von rechtsextremen Skinheads in die Seine geworfen wurde und ertrank, starb in Frankreich offiziell kein Opfer rechtsradikaler Gewalt mehr¹. Doch schon bald schlug die Stimmung um. In vielen Medien war nunmehr von einer „Auseinandersetzung“ zwischen „Linksextremen und Rechtsextremen“ zu hören und zu lesen. Fakt ist: Der 18-jährige Clément Méric, Mitglied der Action Antifasciste Paris-Banlieue und der Gewerkschaft SUD-Etudiants, starb am 6. Juni infolge mehrerer Schläge gegen den Kopf. Der mutmassliche Täter, ein 20-jähriger Nazi-Skinhead, der gemäss unterschiedlichen Quellen den rechtsextremen „Jeunesses Nationales Révolutionnaires“ nahestehen soll, sitzt in Untersuchungshaft und wird voraussichtlich der fahrlässigen Tötung angeklagt – obwohl der wenige Tage nach Méric Tod veröffentlichte Autopsiebericht bestätigte, dass der junge Antifaschist an den Folgen eines oder mehrerer Schläge an den Kopf starb. Und nicht wie ursprünglich in vielen Medien berichtet wurde, weil er beim Hinfallen mit dem Kopf auf einen Metallpfosten aufgeschlagen war.

Vom genauen Tathergang bestehen inzwischen zusammengefasst folgende zwei Versionen: Diejenige, die von den meisten Massenmedien und Internetportalen verbreitet wird: Clément Méric und zwei weitere „Linksextremisten“ hätten den Täter und seine Freunde während eines Kleiderverkaufes als Rechtsextreme erkannt und daraufhin angepöbelt. Sie hätten – nach einigen

Quellen – die Faschisten zu einem Kampf auf der Strasse aufgefordert oder – nach anderen Berichten – ihnen auf der Strasse abgepasst und begonnen Schläge auszu-teilen. Die zweite Version, aus dem Umfeld von Méric, sagt hingegen aus, dieser und seine Freunde seien nach

dem Kleiderverkauf auf der Strasse von den rechtsradikalen Skinheads umzingelt und zusammengeschlagen worden.

Der genaue Tathergang wird wohl nur schwer festgelegt werden können. Zwei andere Dinge zeigen sich dagegen deutlich: Einerseits wie solche Taten medial aufgearbeitet und umgedeutet werden. Und andererseits, wie sich die rechtsextreme Szene in Frankreich in den letzten Jahren wieder zunehmend radikalisiert hat.

Die Extremismusfrage

Wenn von „Linksextremisten und Rechtsextremisten“ die Rede ist, so werden die beiden Bewegungen sowohl grammatikalisch als auch semantisch auf die gleiche Ebene gestellt – beides sind „Extremisten“ beziehungsweise „Extremisten“. Dabei stellt sich die Frage, ob ein Engagement in einer Student_innengewerkschaft, für Tierrechte und die Rechte von Homosexuellen auf Eheschliessung als extrem gelten kann. Und ob Antifaschismus auf einen Extremismus reduziert und somit dem Faschismus gleichgestellt werden kann? Ein Blogger des französischen partizipativen Online-Mediums „Mediapart“ mit dem Pseudonym „Silvagni“ schrieb am 6. Juni dazu: „Der Antifaschismus ist kein Extremismus. Der Antifaschismus ist ein Kampf, der lebenswichtig ist für unsere Gesellschaft.“ Es gibt Antifaschist_innen in erster Linie, weil es immer noch Faschist_innen gibt. Und doch analysiert sogar die West-



Serge Ayoub (mitte) unter Freunden

schweizer Zeitung „Le Courrier“, die ursprünglich weit linker stand als die Schweizer Sozialdemokrat_innen, in einem Artikel vom 8. Juni den Tod Clément Méric als Resultat „ritualisierter Kämpfe zwischen Faschisten und Antifaschisten“. Dass selbst der „Courrier“ das Bild der sich bekämpfenden Extreme aufgreift, zeigt, wie weit die Entpolitisierung der Berichterstattung über faschistische Gewalt schon fortgeschritten ist.

Dabei zeugt die Gleichstellung von Rechtsextremismus und Linksextremismus nicht nur von Naivität und ist äusserst vereinfachend, sie ist auch gefährlich. Der rechtsextreme Autor und Verschwörungstheoretiker Alain Soral beispielsweise, dessen Thesen in Frankreich und in der Westschweiz immer mehr Anhänger_innen finden, stützt sich auf dieses Bild der linken und rechten Extreme, die sich in ewige, sinnlose Kämpfe verwickeln und die es deshalb zu überwinden gilt (Soral war Mitglied der französischen Kommunistischen Partei, bevor er zum rechtsextremen „Front National“ wechselte, den er ebenfalls enttäuscht verliess). Soral vermischt denn auch komplexfrei linke Globalisierungskritik (und holt damit die hiesigen Verlierer_innen der Globalisierung ab und schafft es, ihre Frustration zu kanalisieren) und rechtes Gedankengut wie Judenfeindlichkeit, Patriotismus und Wertkonservatismus. Die von ihm gegründete und präsidierte Bewegung „Egalité & Réconciliation“ (Gleichheit und Versöhnung) präsen-

¹ Tatsächlich gab es seither eine beträchtliche Anzahl von Übergriffen, darunter mehrere Morde, die von Behörden und Medien allerdings nicht als rechtsextrem motiviert angesehen werden.

tiert sich mit dem Slogan: „Linke der Arbeit, Rechte der Werte: für eine nationale Versöhnung“.

Ähnliche Argumente benutzt auch die Bewegung „Troisième Voie“ (Dritter Weg), die in den 80er-Jahren gegründet, Ende der 90er-Jahre aufgelöst und vor knapp zwei Jahren wiederbelebt wurde von Serge Ayoub, einem sehr aktiven rechtsradikalen Skinhead, auch bekannt unter dem Namen „Batskin“. Ayoub betrieb eine kurze Zeit lang eine Bar mit ... Alain Soral. Die Bewegung „Troisième Voie“ besitzt einen äusserst gewaltbereiten Arm, der häufig als Sicherheitsdienst an Demonstrationen zu sehen ist und den Namen „Jeunesses Nationales Révolutionnaires“ (JNR) trägt – diejenige Gruppierung also, der der Täter im Fall Méric nahestehen soll.

Das Imageproblem des Front National

Es ist nicht zuletzt Soral und Ayoub zu verdanken, dass die rechtsradikale Bewegung in Frankreich – und auch in der Westschweiz, mit der verschiedene Gruppierungen enge Beziehungen unterhalten² und wo sich in letzter Zeit zunehmend französische Rechtsradikale niedergelassen haben – wieder vermehrt aktiv ist und brutaler geworden ist. Seit dem Tod Mérics versucht sich Ayoub jedoch in allen möglichen Medien aus der Verantwortung zu reden. Und auch Marine Le Pen verursacht diese neue Gewaltbereitschaft ein immer grösser werdendes Imageproblem. Die Tochter von Jean-Marie Le Pen, dem Gründer der rechtsradikalen Partei „Front National“ (FN), hat im Januar 2011 von ihrem Vater die Präsidentschaft der Partei übernommen. Seither versucht sie, dem FN ein friedlicheres, gesellschaftstauglicheres Image zu verpassen. Ihre Losung „Keine Glatzköpfe mehr an FN-Demonstrationen“ wird aber nur bedingt eingehalten: Die französischen Medien zeigen regelmässig Bilder von hohen FN-Mitgliedern, die öffentlich mit rechtsradikalen Skinheads schäkern. Zudem kann Marine le Pen schlecht verneinen, dass die Sicherheitsdienste des FN hauptsächlich

² so ist der Anführer von der faschistischen Gruppe „Genève non-conforme“ des Öfteren an Demonstrationen mit den „JNR“ zu sehen.

aus rechtsradikalen Schlägerbanden bestehen und die Wahlpropaganda – Plakate kleben, Flyer verteilen – häufig von rechtsradikalen Gruppierungen übernommen wird. Selbst Serge Ayoub hat vor den Präsidentschaftswahlen 2012 auf dem Marktplatz von Hénin-Beaumont Werbung für die FN-Präsidentschaftskandidatin gemacht – niemand anderes als Marine Le Pen. Diejenige Marine le Pen, die seit dem 6. Juni krampfhaft versucht, jegliche Nähe des FN zu den „JNR“ abzustreiten, obwohl inzwischen bekannt geworden ist, dass sie Serge Ayoub mehrere Male persönlich getroffen hat. Le Pens Reaktion auf die vom französischen Premierminister Jean-Marc Ayrault angekündigte Auflösung der „JNR“ war denn übrigens, auch ein Verbot der Antifa Paris-Banlieue zu

FN-Mitgliedern und katholischen Priestern zu sehen. Auch wenn die konservativ-katholische Gesellschaftsschicht nur ungefähr fünf Prozent der französischen Bevölkerung ausmacht, so hat sie doch einen grossen Einfluss auf gesellschaftliche Fragen und eine erstaunliche Mobilisierungskraft – in den letzten Monaten kamen regelmässig hunderttausende Demonstrant_innen zusammen, um gegen die „Heirat für alle“³ zu protestieren – und hat sich in letzter Zeit bedeutend radikalisiert. Davon zeugen mehrere zum Teil äusserst brutale Übergriffe auf homosexuelle Paare in den letzten Monaten.

Auch die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation in Frankreich wird häufig als Erklärung der wieder



Demo im Gedenken an Clément Méric in Paris am 8. Juni

fordern, die sie als „sehr gewaltbereite Schlägergruppe“ bezeichnet.

Nazi-Skinheads und Priester

Diesen drei Polen – dem intellektuellen von Alain Soral, dem offen gewaltbereiten Ayoub und dem politischen, repräsentiert durch den Front National – kann noch ein vierter angefügt werden, der gerade in letzter Zeit häufig von sich zu reden gemacht hat: der konservativ-katholische, der dem französischen Klerus nahe steht. So waren an den Demonstrationen gegen das Recht zur Eheschliessung homosexueller Paare (das diesen Frühling verabschiedet wurde), nicht selten Glatzköpfe mit klar an das dritte Reich erinnernden Tätowierungen Seite an Seite mit gemässigter auftretenden

erstarkenden extremen Rechten und der zunehmenden Gewaltbereitschaft herangezogen – was für die Zukunft nichts Gutes verheisst. Allein seit Anfang Juni wurden neben Clément Méric vier weitere Opfer rechtsextremer Gewalt bekannt, eine Person liegt immer noch auf der Intensivstation. Diese Gewalt auf „ritualisierte Kämpfe zwischen Links- und Rechtsextremen“ zu reduzieren, heisst nicht nur den politischen Inhalt des Antifaschismus zu verkennen, sondern auch die ökonomische, gesellschaftliche und politische Entwicklung Frankreichs der letzten Jahre auszublenden.

Yolanda Féin

³ „mariage pour tous“, Leitspruch der Befürworter_innen des Eherechts für homosexuelle Paare.

Was ist heute noch politisch?

Wenn wieder einmal eine Phase angebrochen ist, in welcher der Widerstand der Menschen auf der Strasse mit den staatlichen Herrschaften kollidiert, stellt sich die dringende Frage, was hinter der medial hervorgehobenen Gewalt alles versteckt wird. Die folgenden beiden Artikel beleuchten das

Thema mittels zwei ganz unterschiedlicher Beispiele. Das erste sei ein Krawall von Delinquenten, die Banlieue-Krawalle von 2010; das zweite eine Veranstaltung, die von einigen Gewalttätern danieder gebracht wurde, welche vom illegalen Organisationskomitee auch noch geschützt werden. Soweit

die Aufmache. Dahinter stecken bei beiden vielschichtige Prozesse, welche ähnliche gesellschaftliche Umbrüche an den Tag bringen könnten. Im Zentrum stehen nämlich bei beiden Ereignissen Fragen über die Definitionsmacht und das politische Selbstverständnis in der Konsumkultur.

Teil 1 - Widerstand ohne Inhalt

Den Unruhen in der Banlieue von Paris, 2010, wird jeglicher Inhalt abgesprochen, aber nicht weil es an deren Gründen fehlte.

Die Idee zu diesem Artikel basiert auf dem Vortrag von Atanasio Bugliari Gaggio. Er hat in einer ethnographischen Untersuchung in den Banlieues von Paris versucht herauszufinden, was die Menschen zu den Krawallen geführt hat und wie sie dabei organisiert waren. Der folgende Artikel ist vornehmlich meine Sichtweise und nicht mit dem Referenten abgesprochen.

Am Anfang der Untersuchung von Atanasio stand der Unglaube, dass die mediale Darstellung der Ereignisse Hand und Fuss habe. Jugendliche Kriminelle, die Tag für Tag ein Quartier in Flammen stecken, die sich auf Strassenschlachten mit der Polizei einlassen und dabei angeblich keinen anderen Grund haben, als ihrer kriminellen Energie Luft zu verschaffen. Das klingt einfach nicht nach einer tiefgründigen und noch weniger nach einer plausiblen Erklärung.

Kennzeichnend für fast alle Untersuchungen zu den Ereignissen waren essentialistische Erklärungen. Das heisst Erklärungen nach dem Muster: Es ist so passiert, weil die Leute so sind wie das Klischee, das wir von ihnen kennen. Die Jugendlichen, mit anderen ethnischen Wurzeln als die guten französischen Bürger_innen, seien kriminell, arbeitsscheu und gewalttätig; und weil sie so seien, verhielten sie sich so. In dieser Darstellung ist auch impliziert, dass diese Menschen gar nicht anders können. Sie haben also keine Absicht hinter ihren Taten, sie wollen damit

nichts zum Ausdruck bringen, und, weil es ihr natürliches Verhalten ist, brauchen sie auch keine Organisationsstruktur, um diese Ereignisse zu produzieren.

Im eigenen Umfeld scheint es dagegen selbstverständlich, dass sich Menschen in Gruppen an gemeinsame Vorgehensweisen halten, hinter einer Handlung steckt schliesslich eine Absicht. So gesehen definiert sich Gesellschaft eben nicht

keinen genaueren Blick hinkriegen, ist schon etwas faul.

Die Krawalle waren nicht die ersten, und werden sicher nicht die letzten sein. Die letzten grösseren Krawalle¹ vor 2010 fanden 2005 statt. Der damalige Innenminister beschrieb die Menschen in diesen Quartieren damals als *racaille*, also als Abschaum, Gesindel oder Pack. Er meinte damit Arbeitsunwillige und Aggressive,



über Kategorien, sondern über eine gemeinsame Organisationsweise. Derartige Gruppenbildung impliziert auch nicht automatisch eine scharfe Grenze zu anderen Kollektiven.

Leider kommt uns vor allem die erste Erklärungsweise bekannt vor. Die Medien arbeiten bei der Hälfte ihrer Themen auf dieselbe Weise. Wenn aber Ereignisse wie die Banlieue-Krawalle untersucht werden, und auch die wissenschaftlichen Arbeiten

er meinte damit eine Bevölkerungsgruppe, die ausgemerzt gehört. Und so einer wurde anschliessend *le petit président*.

Arbeits-These

Aber genug der unhaltbaren Beleidigungen. Bevor ich Gründe für die obi-

¹ Eine Woche und mehr am Stück offene Auseinandersetzungen.

gen entwertenden und entmündigenden Darstellungsweisen anführe, stelle ich den Erklärungsansatz von Atanasio vor. Seine These basiert auf der Annahme sozio-kultureller Gründe, das heisst über das Verhältnis der Subgesellschaft zur herrschenden Gesellschaft. Um dieses Verhältnis zu untersuchen gibt es viele Grundthesen, die aber meistens einen Aspekt von Herrschaft um der Kontrolle willen und natürlich die Auflehnung dagegen beinhalten. Bei diesen Erklärungsweisen ist die Gefahr aber gross, in einer essentialistischen Begründung stecken zu bleiben.

Der Referent hat dagegen einen Ansatz gewählt, mit dem er einerseits die Lebensumstände der Akteur_innen direkt analysieren kann und andererseits den Herrschaftswillen hinter dem Staatsapparat ebenso erklären kann. Für ihn steht die Frage der Lohnarbeit im Zentrum. Zum einen handelt es sich dabei um die Lebenserfahrung, also wie Arbeit wahrgenommen wird, zum anderen um die Annahme, dass die Interessen der Herrschenden, bzw. die Quintessenz des herrschenden Systems auf die Mehrwertabschöpfung abzielt. Mit dem Fokus auf Arbeit kann er beide Pole beobachten und im historischen Verlauf nachvollziehen.

Was diesen Ansatz so vielversprechend macht, ist, dass er die Banlieus nicht als normale Quartiere beschreiben muss, die überraschenderweise aus der Gesellschaft ausgespuckt wurden, sondern dass er die Entstehung der Quartiere mit der wirtschaftlichen Entwicklung und mit den staatlichen Programmen zusammenführen kann.

Wenn nämlich nicht jede wirtschaftliche Krise, wie die von 2010, als Einzelereignis wahrgenommen wird, zeichnet sich seit den 1970er Jahren ein Bild ständiger Krisen und parallel dazu ein stetiger Abbau sozialer Massnahmen sowie ein gegenläufiger Aufbau repressiver Mechanismen ab. Dies lässt sich in der Wirtschaftssphäre beobachten, wo die Abhängigkeit der Arbeiter_innen über die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen erzielt wird, wie auch in der staatlichen Sphäre, wo repressive Massnahmen auf den Sozialämtern oder auf den Strassen um sich greifen. Die betroffenen Quartiere wurden mehrheitlich genau in dieser Ära gebaut. Sie dienten dabei

oftmals als Versuchslabor um neue soziale Kontrollmechanismen oder neue Arbeitsmodalitäten auszuprobieren². Ganze Fabriken, die mit Temporärarbeit funktionieren, die bereits Schüler_innen und Schulabgänger_innen mit Arbeit versehen, ohne eine Ausbildung, eine anderweitig nutzbare Qualifikation zu ermöglichen. Lohnsummen, die für nicht besonders viel reichen, nicht mal für die Reproduktion der Arbeitskraft.

Soziale und arbeitsmarktliche Marginalisierung gehen Hand in Hand und behindern das Wenige an Ressourcen, das diese Menschen haben. Viele von ihnen sind erst in den 70er Jahren nach Frankreich ge-



kommen und verfügen nicht über das soziale Netz, das krisenhafte Lebenslagen auffangen könnte, das Zugang zu einem Job bietet, der den eigenen Fähigkeiten und Wünschen entspricht. Wenn die Jugendlichen, welche in diesen Auseinandersetzungen die Hauptakteure waren, mit 16 aus der Schule kommen, sind sie zum Teil bereits seit 2 oder 3 Jahren im Arbeitsmarkt, haben aber trotzdem keine Chance auf einen Ausbildungsplatz und haben bis 20 bereits ein Dutzend Arbeitsplätze kennen gelernt. Die Chance darauf, dass ihre Arbeit und Anstrengung dabei geschätzt wird, ist nahe Null.

Zudem sind sie in einem Quartier aufgewachsen, wo staatliche Repression nicht erst als Antwort auf ihre Gewalttaten wirksam wurde, sondern schon längst etabliert war. Die administrative Logik dahinter verstehe ich nicht ganz. Sie scheint aber von der Annahme auszugehen, dass die Umstän-

² Die Natur dieser Krise und der Umbau der Anstellungsmodalitäten, bzw. der ganzen Philosophie dahinter kann hier nicht genauer ausgeführt werden, ich Verweise an dieser Stelle gerne wieder einmal auf die Arbeit von Karl-Heinz Roth.

de schwer gemacht werden müssen, damit sich von diesem racaille nur die Allerfleisigsten und Willigsten hervortun können. Gleichzeitig ist so auch garantiert, dass die Entflohenen nicht allzuviel Energie in ihre alte Heimat stecken, sondern sich freudigst in ihre neue soziale Lage integrieren.

Persönliche Beziehung

Atanasio hat anderthalb Jahre in diesen Quartieren und mit diesen Menschen zusammen gewohnt, gearbeitet und seinen Alltag verbracht. Er hat die Menschen, ihre sozialen Netze und ihre Organisationsweise kennen gelernt. Seine Erfahrungen lassen

sich nicht mit den makrosoziologischen Aussagen verbinden.

Er ist mit einer Absicht dahin gegangen, nämlich eine wissenschaftliche Untersuchung anzustellen, und er ist mit einem anderen persönlichen Hintergrund versehen, als wenn er an diesem Ort wirklich gross geworden

wäre. Dies erforderte eine bewusste Herangehensweise und formte das Kennenlernen. Misstrauen und Vorurteile mussten auf beiden Seiten überwunden werden. Trotzdem ist es ihm gelungen, mit den Menschen auf einer Basis Kontakte zu knüpfen, die ihm erlaubte die Lebensumstände zu erleben. So kam er mit Akteuren in Kontakt, die auf dieser Ebene in kaum einer Untersuchung zu Wort kommen.

Strukturelle Beobachtungen und die Selbstverständnisse der Akteure_innen zeugen von einem starken politischen Bewusstsein, einer klar politischen Absicht hinter dem Widerstand, der die Banlieues in Flammen aufgehen liess. Atanasio beschreibt die Akteure_innen als proletarische Klasse. Dabei rückt nicht nur seine These die Arbeiter_innenfrage in den Fokus. Arbeit steht im Zentrum der Erfahrungen der Kritiken und der Zukunftsaussichten aller Akteure_innen. Auch aus der gemeinsamen Perspektive, einer analogen Rolle in der Gesellschaft, ergibt sich

(weiter auf Seite 10)

Widerstand

(von Seite 9)

eine Strukturierung, wie sie Klassen eigen ist. Mir widerstrebt es den proletarischen Klassenbegriff einfach so stehen zu lassen, denn es handelt sich dabei sehr oft um eine zu stark vereinfachende Kategorisierung einer diversifizierten und heterogenen Gesellschaft. Historisch hat sich zwar einiges nicht geändert, aber schliesslich ist gerade die aktuelle Tendenz zur Prekarisierung der Arbeit ein etwas anderes Phänomen, als die klassische Definition über das Eigentum an Produktionsmitteln. Auch wenn also Arbeit im Zentrum steht, lassen sich Menschen nicht nur als Arbeitskraft definieren.

Als verbindendes Element ist die Erklärung aber ausreichend. Die Erfahrungen wieder-

holen und verstärken sich von Generation zu Generation. Die mediale Repräsentation, die sich aus den Interpretationen des Staates füttert, entlarvt sich als weiteres Herrschaftsinstrument. Die Stigmatisierung der Bewohner_innen durch Sarkozys Zuschreibung werden zum Programm. Dass die wissenschaftlichen Erhebungen nichts anderes entdecken, liegt vielleicht nicht an direkter staatlicher Lenkung, aber an der produzierten Distanz, die angeblich Normales von den Banlieus abzugrenzen weiss. So werden die Bewohner_innen verschlossener und misstrauischer und die Erklärungen selbstverständlicher und voreingenommener.

Das so entstehende Bild veranschaulicht, dass die Repression nicht nur über die staatlichen Präsenzen funktioniert, sondern bereits

in der Architektur der Siedlung angelegt ist. Strukturelle Aspekte prägen das Leben in den Banlieues, aber eben nicht kulturalistische, es ist nicht das Unvermögen der Menschen, sondern die unzähligen Hindernisse die ihnen in den Weg gestellt werden, welche ihre Situation erschwert, und welche ihren Widerspruch wachruft.

Es sind also nicht die Krawalle die unpolitisch sind. Vielmehr kann die staatliche Verhinderung der Gemeinschaftsbildung als apolitisch interpretiert werden. Sie schwemmt die Argumente und Diskussionen im Tränengas weg. Was politisch ist und wie es sich vom Herrschaftlichen unterscheidet, diskutiert der nächste Artikel.

s.deo

Teil 2 - Was ist also heute noch politisch?

Meine Ansprüche an das Politische der Gesellschaft und meine Beobachtungen in der hiesigen Gesellschaft führen zu einer immer grösseren Diskrepanz. Bevor ich das einfach meiner scheinbar verquerten Sichtweise zuschreibe, woran ich selbstverständlich nicht glaube, möchte ich einige Argumente sammeln, die einen Erklärungsansatz in den gesellschaftlichen Diskursen suchen.

Politik umfasse alles, was auf gesellschaftlicher Ebene für die Gemeinschaft unternommen wird oder die Gemeinschaft betreffe. So jedenfalls lautet eine Umschreibung der antiken Definition des Begriffes, Gemeinschaft meinte in dieser Zeit und Region einen Stadtstaat, die Polis. Ein harziger Beginn, denn damit war eine städtische Struktur und darin ihre herrschende Schicht gemeint. So enthalten spätere Definitionen diesen Bezug meist direkt. Von der Interaktion innerhalb einer und mit einer anerkannten Gesellschaftsvorstellung, oder eine Handlungsweise in Anerkennung bestehender Autoritätsverhältnisse. Der Begriff ist aber zu breit und im Laufe der Zeit zu vielschichtig definiert worden, nur schon um hier einen kurzen Abriss zu geben. Die Theorie scheint mir in diesem Fall auch nicht die erste mögliche Adresse, schliesslich begann ich mit einem emotionalen Vorwurf. Die Frage was heute noch politisch ist speist sich, wohl nicht nur bei mir, vor allem aus der Beobachtung, was die Ins-

titutionen liefern, welche sich per Selbstdefinition als politisch verstehen. Und was von denselben als nicht politisch bezeichnet wird. Im vorangegangenen Artikel haben sich die Ereignisse in der Pariser Banlieue als sehr politisch dargestellt, ohne als das anerkannt zu werden.



Aus der obigen Einleitung und dem vorangegangenen Artikel lassen sich folgende zentrale Aspekte herauslösen: Vorne weg geht es in der Sphäre der Politik darum, wie sich die Menschen gemeinsam organisieren, um in einem bewussten Organisationsschema und mit gemeinschaftlich anerkannten Regeln funktionieren zu können. Um eben eine Gesellschaft zu formen, die nicht einfach ist, sondern den menschlichen Bedürfnissen entspricht. Direkt anschliessend, und direkt prägend und reproduzierend, handelt es sich dabei um einen Prozess

der Macht. Je mehr Macht im Spiel ist, desto weiter kann die „anerkannte“ Ordnung von den Interessen der Betroffenen abweichen. Letztlich beschreiben unsere Definitionen von Politik eben nicht etwas, dass aus dem Nichts entstehen wird, sondern etwas, dass sich in einem historischen Prozess entwickelte. Ein System muss sich ständig reproduzieren, muss immer wieder aus sich selber heraus neu entstehen. Dabei stösst es natürlich auf Widerspruch.

wie tanzt es sich politisch?

In den Ereignissen um die dritte Ausgabe des Tanz dich frei zeigt sich diese Art der Diskussionsführung in der Schweiz auf eine sehr vielschichtige Weise. Der Anlass selber muss schon komplex definiert werden: Er hat politische Aussagen zum Ziel, viele, und wer diese äussert ist nicht über das ominöse Organisationskollektiv definiert. Er ist eine Massenveranstaltung, sowohl Party als auch Demonstration. Bereits die Art, wie er zustandekommt, ist eine politische Aussage, vielleicht die konkreteste, denn er realisiert die Idee des kollektiven Zusammenseins. Organisiert wird, was nötig ist, natürlich für den Anlass und nicht für den Staat. Organisiert wird es von Unbekannten, weil es um den Anlass geht und nicht um Profilierung. Diese Organisationsweise und dass dabei alle für ihre eigene Vorstellung auf die Strasse gehen können- sei es im Zu-

sammenhang mit der Freiraumdebatte, mit dem Ausgangsangebot, als Protest gegen die städtische Politik oder gegen die Stimmung im Land und gegen die Jugendlichen- macht den Anlass zu einer riesigen direkten Aktion.

Was nun über diesen Anlass in der Öffentlichkeit alles gesagt und behauptet wird, steht auf einem ganz anderen Blatt. Als mit dem zweiten Anlass und dem Massenaufmarsch die Politiker_innen und die staatlichen Institutionen darauf aufmerksam wurden, startete das Ausschlagen für die eigenen Interessen. Leute, die damit etwas zu tun haben, oder zum Spass dabei waren, sucht mensch darunter vergeblich. Für die dritte Ausgabe standen die Sterne damit sehr schlecht. Alle warteten gierig darauf was passiert und wie sie es ausschlagen könnten. Gemeinderat Reto Nause hatte dabei einen Headstart. Mit seiner Medienkonferenz und der Hochstilisierung des Bundeshauses als NO-GO-Zone hat er mal ein paar Fässer Benzin und den roten Panik-Knopf mit der NICHT-DRÜCKEN-Aufschrift in Stellung gebracht. Bevor das Organisationskollektiv für die Gewalt und die Kosten zur Verantwortung gezogen wird, könnte mensch mal die Kosten der von Nause repräsentierten Institutionen abziehen und deren Verantwortung für die Eskalation diskutieren.

Der Streit, was politisch ist, wird vermeintlich offen geführt, dabei kristallisiert sich aber schnell die Meinung heraus, dass die einen Teilnehmer_innen nur Party wollten, während die anderen Politik mit Gewalt gleichsetzten. Zum Schutz der parlamentarischen Politik ist mensch natürlich fast gezwungen, diesen jeglichen politischen Inhalt abzusprechen, damit man mit dem eigenen Palaver weiterfahren kann. Es scheint schliesslich auch nur politisch zu sein, was als Parole daherkommt.

Nicht dass das Tanz dich frei der einzige Anlass ist, der dieser Vorgehensweise zum Opfer gefallen ist, sogar weniger als viele andere Demonstrationen, die zwar eindeutig politisch gedacht waren, aber durch die resultierende Gewalt der Äusserungsmöglichkeit beraubt wurden.

Politische Praxis

Es scheint also nicht nur eine Frage zu sein, was politisch ist, sondern in der

Kombination mit der Suche nach politischen Orten zu liegen. Eine direkte Aktion, die zudem noch ein Massenanstoss ist, an dem sich die Menschen über ihre gesellschaftlichen Ideen austauschen, stellt für mich eine viel politischere, das heisst gemeinschaftsbildendere Errungenschaft dar, als die meisten Parteiveranstaltungen oder die „politi-



schen Diskurse“ im Fernsehen.

Es zeigt sich einmal mehr, dass der Begriff des Politischen je länger je weniger an den Orten gesucht werden kann, die sich selbst dafür reklamieren; dass die Definition des Politischen je länger je weniger in den Definitionen der politischen Akteure zu finden ist.

Die Antwort auf die einleitende Frage, was den heute noch politisch sei, lautet meiner Meinung nach also „wieder mehr als auch schon“. So langsam aber sicher wirkt sich die zynische Haltung des Staates gegenüber seinen Bürger_innen aus. Zunehmendes Misstrauen und Distanziertheit sind sicher anzutreffen, ein paar Gespräche zeigten auch, dass selbst staatstreue Menschen nicht mehr wirklich an die Integrität der Akteur_innen glauben. Es werden mehr Menschen, die sich an Alternativen beteiligen. Obwohl alles was sich politisch nennt mit Skepsis betrachtet wird, auch die alternativen Strömungen, sind vermehrt Anlässe anzutreffen, die eine sinkende Kompromissbereitschaft zeigen und solche, die die Ausweglosigkeit der ausgetretenen Pfade durch lau-

tere und unmissverständlichere Proteste hinter sich lassen.

Vielleicht stimmt meine Wahrnehmung ja, und es sind tatsächlich kollektive Erfahrungen, die den Menschen Hoffnung machen. Vielleicht sind es tatsächlich unhierarchische und anti-autoritäre Bewegungen, die dem Politischen, wenn auch keine neue Definiton,

so doch eine neue Praxis verschaffen.

Für die Akteur_innen bedeutet dies, den Fokus verstärkt auf die Organisationsweise zu richten. Nicht dass die moralischen Grundwerte dabei keine Rolle spielen sollen, die Hauptproblematik liegt aber weniger im Finden von gemeinsamen Grundwerten, als im Zusammenspiel dieser, bzw. der Akteur_innen, die ihnen Ausdruck verleihen. Vielleicht entsteht heute hinter der medialen Präsenz der Gewalt eine utopische Gesellschaft. Die Erfahrung, dass politische Arbeit immer wieder dadurch behindert wird, dass sich Fragen des Lifestyles unhinterfragt in die Praxis einnisten, dass die Ansprüche des Alltagslebens ein langfristiges Engagement verwässern, sollte dazu führen, dass wir uns verstärkt mit den pragmatischen Aspekten unserer Arbeit auseinandersetzen sollten, damit langfristig erst eine neue Gesellschaft entstehen kann. Lassen wir uns nicht von medialen Darstellungen fernhalten, Präsenz im Protest eröffnet erst Handlungsoptionen.

